

# Schriften

zur Unkeler Geschichte

---

1947

Die Stasi war auch in Unkel aktiv

Vortrag von Karl Hafen  
18. Oktober 2012



Geschichtsverein Unkel e. V.

---

Die Stasi war auch in Unkel aktiv

Autor: Karl Hafen, Frankfurt

Herausgeber: Geschichtsverein Unkel e. V.

Umschlaggestaltung: Tim Knoppik

Satz: Ansgar Federhen

Druck: facesso GmbH, Kohnen druckt, Rheinbach

Verlag: Rhein-Heimat, Rheinbreitbach

ISBN 978-3-940637-13-0

Schriften zur Unkeler Geschichte Nr. 7

# **Die Stasi war auch in Unkel aktiv**

**Vortrag von Karl Hafen,  
gehalten im Gästehaus Korf am 18. Oktober 2012**

Geschichtsverein Unkel e. V. 2012

## **Vorwort**

Lieber Leser, liebe Freunde von Unkel,

auch Unkel nimmt Teil an der jüngeren deutschen Geschichte. Der Geschichtsverein Unkel sieht sich darum in der Pflicht, auch dazu Veranstaltungen zu organisieren und darüber zu berichten, wie es in dieser Schrift geschieht.

Man würde es nicht vermuten, aber auch in Unkel war die STASI aus der DDR aktiv. Sogar über Unkelser Bürger gibt es Stasi-Akten.

Karl Hafen, in Unkel aufgewachsen und momentan in Frankfurt lebend, ist zu DDR-Zeiten wegen seiner Arbeit für die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) als Staatsfeind der DDR eingestuft und deshalb viele Jahre von der Stasi bespitzelt worden. Um ihn in ihre Netze fangen zu können, wurden die Bespitzelungen bis nach Karl Hafens Unkelser Umfeld ausgedehnt. Aus den betreffenden Akten ist ersichtlich, dass viele Anwohner aus der Umgebung seiner früheren Wohnung am Rheinbüchel ins Visier der Stasi genommen worden sind.

Karl Hafen hat am Donnerstag, dem 18. Oktober 2012, in seinem Vortrag beim Geschichtsverein Unkel eindringlich geschildert, wie die Stasi bei ihm als Staatsfeind vorgegangen ist und was das für ihn persönlich bedeutete.

Ich freue mich, dass er bereit war, seinen Vortrag auch als Text zur Veröffentlichung in unserer Schriftenreihe zur Unkelser Geschichte freizugeben.

Prof. Dr. Ing. Piet H. L. Bovy

1. Vorsitzender des Geschichtsvereins Unkel

---

## „Die Stasi war auch in Unkel aktiv“

Vor zwei Jahren habe ich Einsicht in meine Stasi-Akten genommen und es war auch 21 Jahre nach der Wiedervereinigung ein extrem beeindruckendes Erlebnis. Ca. 19.000 Seiten lagen im Lesesaal in Berlin in 20 Ordnern, in denen mein Name im Zusammenhang mit Bespitzelungen vermerkt war.

Damit das, worüber ich heute referiere, nicht nebulös bleibt, muss ich Sie darüber aufklären, was ich in den letzten 34 Jahren getan habe. Ich arbeite seit 1978 bei der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt/Main. Unsere Organisation, die IGFM, hatte sich damals auf die Staaten hinter dem Eisernen Vorhang konzentriert.

Erlauben Sie mir, dass ich diese Zeit ein wenig in die Erinnerung zurückhole.

Jedem, der heute über 30-35 Jahre alt ist, sind Mauer und Stacheldraht und der Schießbefehl noch in Erinnerung. Der Besuch der Glienicker Brücke und der Aussichtsplattform an der Bernauer Straße waren jahrelang obligatorische Bestandteile von Schülerreisen nach West-Berlin. Die Einsperrung war offensichtlich. Dass es an der Mauer und an der Innerdeutschen Grenze immer wieder Tote gab, wusste man. Auch, dass die Bundesregierung politische Gefangene freikaufte, wusste man. Wenn man aber jemanden fragte, wie die politische Justiz ablief und wer dahinter steckte, so wissen nur noch wenige die richtigen Antworten zu geben.

Die politische Justiz in der DDR arbeitete im Geheimen. Gerichtsverhandlungen waren der Öffentlichkeit nicht zugänglich, Anklageschriften und Urteilsbegründungen verschwanden in Panzerschränken, Anwälte hatten Schweigepflicht. Keine internationale humanitäre Organisation, wie z.B. das Internationale Rote Kreuz, durfte die Untersuchungshaftanstalten oder den Strafvollzug in Augenschein nehmen. Die Medien der DDR schwiegen beharrlich darüber.

Wurde man wegen eines Verbrechens – sagen wir mal nach einer Schlägerei – verhaftet, dann kam die Volkspolizei mit einem Haftbefehl und darauf stand: zu verhaften wegen Körperverletzung. Eine Verhaftung aus politischen Gründen geschah indes ohne konkrete Angabe von Gründen. Ob

---

im Betrieb oder zu Hause, stets kamen zivil gekleidete Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) – meist zu dritt oder viert – peinlich darauf bedacht, kein Aufsehen in der Öffentlichkeit zu erregen. Sie erklärten, dass man „zur Klärung eines Sachverhalts“ mitkommen müsse. Sofort nach Eintreffen des Festgenommenen begann das erste Verhör, das bis zu einem Zeitraum von zwölf Stunden dauern konnte. Oft erfolgte auf dieses erste Dauerverhör nach einer Ruhepause von ca. vier Stunden ein zweites Verhör gleicher Länge und Intensität. Dabei nutzten die psychologisch gut geschulten Vernehmer des Ministeriums für Staatssicherheit die Schreck- und Verwirrungsphase der Festgenommenen. Versprechungen und Drohungen waren die Mittel, um schnell zu belastenden Aussagen zu kommen. Die in dieser Phase gemachten Aussagen wurden später dazu genutzt, den Beschuldigten in Widersprüche zu verwickeln. Die Vorführung zum Haftrichter, der dann den Haftbefehl verlas, erfolgte nach drei oder vier Tagen.

Die politische Justiz basierte auf eigenen Gesetzen. In einigen sozialistischen Staaten wie z.B. in Kuba, Vietnam und China gibt es heute noch solche und vor allem ähnlichlautende Gesetze wie Landesverräterische Nachrichtenübermittlung, Staatsfeindliche Hetze, Ungesetzliche Verbindungsaufnahme und ähnliche.

**§ 99 Landesverräterische Nachrichtenübermittlung** – Sammlung und Weitergabe von nicht der Geheimhaltung unterliegende Nachrichten – Strafmaß 2 bis 12 Jahre Haft.

**§ 106 Staatsfeindliche Hetze** – Diskriminierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, Repräsentanten oder andere Bürger wegen deren staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit. (*Und dazu gehört dann auch ein Hinweis auf Organisationen wie unsere.*) Wer zur Durchführung des Verbrechens mit Organisationen, Einrichtungen oder Personen zusammenwirkt, deren Tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtet ist, ... wird mit Freiheitsstrafe von zwei bis zehn Jahren bestraft.

**§ 213 Ungesetzlicher Grenzübertritt** – zunächst 2 Jahre, Wiederholungs-täter bis 8 Jahre.

**§ 219 Ungesetzliche Verbindungsaufnahme** – ähnlich wie § 106 – Strafmaß bis 5 Jahre.

---

Das soll an dieser Stelle reichen. Wer zu dem Kreis derjenigen gehörte, auf den diese Gesetze Anwendung finden könnten oder bereits gefunden hatten, lag vom Profil her im Aufgabenbereich der IGFM.

Zu den Maßnahmen, die im Namen der politischen Justiz getroffen wurden, gehörte nicht nur Haft, sondern auch die Herabstufung im Betrieb, die Aberkennung von Diplomen und Patenten (was heute, wo die meisten im oder kurz vor dem Rentenalter stehen, erhebliche Auswirkungen auf ihre Rente hat), besonders aber die Einmischung in familiäre Angelegenheiten. Die in meinen Augen ungerechteste und gemeinste Form, um politische Gegner oder politisch Untreue in die Knie zu zwingen, war die Wegnahme der Kinder und Freigabe zur Adoption an linientreue Systemgänger ohne Wissen und ohne Zustimmung der leiblichen Eltern – die Zwangsadoptionen.

Als Menschenrechtsorganisation sehen wir es als unsere Aufgabe an, Beschwerden über solcherlei Missständen nachzugehen, sie aufzudecken, zu dokumentieren und mit einem Forderungskatalog zur Abstellung der Missstände zu versehen. Geht die angesprochene Regierung nicht darauf ein, gehen wir an die Öffentlichkeit bzw. wir stellen Öffentlichkeit her und bedienen uns dabei verschiedener Ebenen: vom einfachen Flugblatt, einer Pressemitteilung oder einer Zeitungsanzeige bis hin zu einer Beschwerde vor den Vereinten Nationen. Weitere Mittel sind der Informationsstand, die Demonstration bis hin zum Hungerstreik durch Angehörige von Opfern oder mit ehemaligen politischen Gefangenen.

Wir klagen nicht pauschal an, sondern wir klagen an, indem wir das Schicksal eines Menschen sehr detailliert beschreiben und die Herstellung und Achtung seiner Rechte fordern. Wir legen eine Akte an und verfolgen den Werdegang des Falles. Und wenn es viele gleiche dieser Schicksale gibt, dann stellen wir sie als Dokumentation zusammen und übergeben sie mit einer Resolution versehen in die Hände der Politik. Die Staaten- und Weltgemeinschaft hat uns dafür Instrumente zur Verfügung gestellt, die wir nutzen können: Im Kleinen – in Deutschland wäre das je nachdem der Petitionsausschuss oder der Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages – bis hin zum Europäischen Menschenrechtsgerichtshof oder

---

dem Menschenrechtsausschuss oder anderer Fachausschüsse der Vereinten Nationen. Und ebenso üblich ist, dass wir Politiker, die Länder bereisen, in denen die Menschenrechte verletzt werden, bitten, sich für ganz bestimmte namentlich genannte Personen einzusetzen.

Mit dem Einsatz in der DDR hatte es in Deutschland seine Besonderheit: Amnesty International hatte die Regel, Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land nicht zu bearbeiten. Für politische Gefangene in der DDR setzte sich daher nicht die deutsche Sektion von AI ein, sondern Sektionen in anderen Ländern. Die Staatssicherheit wusste in Band 20 der über uns geführten Akten zu berichten: *„Die IGFM unterhält ständige Verbindungen zu Einzelpersonen und Gruppen von Amnesty International in Kanada, Australien, Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Schweiz, Norwegen und Schweden. ...“* Ihr Problem war die deutsche Sprache. Deutsche Gesetzestexte sind per se nicht leicht, aber die Sprache der DDR-Gesetze, der Verordnungen und vor allem der Stasi-spezifischen Anordnungen umso schwerer. Die sogenannte Fallbetreuung konnte kaum durch unmittelbare Betreuung, sondern meist nur über Umwege erfolgen, z.B. über uns, und wir halfen dann. Für die DDR-Bürger, die als Fremdsprache Russisch statt Englisch als erste Fremdsprache in der Schule lernten, war es in der Regel nicht möglich, im Ausland um Hilfe zu bitten, und das war auch einer der Hauptgründe dafür, dass die IGFM auf dem Gebiet der DDR-Fallbetreuung führend war. – In unseren Archiven warten jetzt 22.000 Einzelfall-Akten auf die Digitalisierung zum Zwecke der Forschung.

Die IGFM wurde wegen dieser Tätigkeit als „Feindorganisation“ eingestuft. Erstmals ist das der IGFM aus einem Brief von DDR-Minister Mielke bekannt, in dem der Auftrag erteilt wurde, dass *„alle operativen Dienstseinheiten in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich den Aktivitäten der GfM und den auf diese zurückzuführenden Erscheinungen und Auswirkungen in der DDR die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken und durch geeignete Informationstätigkeit zur Bekämpfung der GfM beizutragen“* hatten (17.9.1975, BStU, ZA, Dokument 102075). Wir erfuhren davon übrigens durch einen Artikel in der Wochenzeitung „Der Spiegel“. Was das bedeutete, wussten wir damals allerdings nicht.



---

1977 hatten wir sechs Fälle von Zwangsadoptionen veröffentlicht und damit in ein Wespennest mit nicht vorhersehbaren Folgen gestochen. Denn nun wurde aus dem Auftrag ein Befehl. Und ein Befehl hatte Folgen. Es mussten Maßnahmepläne – dort Operativpläne genannt – erarbeitet werden, die jährlich präzisiert wurden. Und dieser Auftrag lautete: *„Heransarbeitung von politisch-operativen Hinweisen und Ansatzpunkten für die Durchführung von offensiven Maßnahmen zur Störung, Verunsicherung, Lähmung bis hin zur Liquidierung feindlicher Kräfte im Operationsgebiet bzw. Stützpunkte im Innern der DDR“* (14.1.1984, BStU, ZA, AOP 6072/91, Bd. 3, Bl. 234).

Aus den Stasi-Akten erfuhren wir auch, wie uns die Stasi einschätzte. So z.B. in einem Vermerk am 7.8.1979 (Anhang 1).<sup>1</sup>

Unterschrieben von einem Major, einem Oberstleutnant und einem Generalmajor. Aus den Berufsständen können Sie sehen, dass das Ministerium für Staatssicherheit militärisch geführt wurde. Die übliche Anrede lautete *„Genosse Dienstrang Name“*.

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR – kurz MfS, umgangssprachlich Stasi genannt – war der Inlands- und Auslandsgeheimdienst der DDR und zugleich Ermittlungsbehörde für politische Straftaten. Als *„Schild und Schwert der Partei“* war es das Unterdrückungs- und Überwachungsinstrument der SED. Es wird geschätzt, dass 1989 – also zum Zeitpunkt des Mauerfalls - etwa 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter für das MfS beschäftigt waren. Seine Mitglieder waren fast ausnahmslos Mitglieder der SED. Zu den Hauptamtlichen kamen ca. 100.000 Inoffizielle Mitarbeiter, im allgemeinen Sprachgebrauch abgekürzt: IM. Sie nannten sich im offiziellen Sprachgebrauch *„Kundschafter des Friedens“*.

Zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der DDR gab es in der Bundesrepublik Deutschland ca. 2.000 aktive MfS-Spione, dazu kamen ausgewählte Kader der K-Gruppen und der DKP. Jeder, der sich einsetzen ließ, hatte eine Verschwiegenheitserklärung abzugeben.

---

1 Kopien einer Auswahl an Stasi-Akten über die IGFM und ihren Mitarbeiter Karl Hafen sind am Ende dieses Heftes wiedergegeben.

---

In der DDR hatte man die Bürger einigermaßen im Griff, aber man wollte auch im Westen erreichen, dass das Regime wie eine Eins dasteht. Und so wurden auch auf dem Gebiet der Bundesrepublik und in West-Berlin Spitzel eingesetzt, die Vereine, Kirchen, Parteien, Unternehmen wie Lufthansa, Bundesbahn, Versicherungen, sogar Gerichte jedweder Art auszuspionieren hatten, um Informationen über Personen zu gewinnen, die man später bei Bedarf einsetzen könnte. Es wurden Telefone abgehört (Anhang 2) und Mitschnitte von 20 - 30 Wörtern angefertigt, um jederzeit Gespräche zu konkreten Personen zuordnen zu können. Es gab dafür besonders geschulte Hörspezialisten. In unserem Falle war das Dipl.-Sprechwissenschaftler Major Dr. Müller; erster Sachverständiger für kriminelle Akustik bei der Technischen Untersuchungsstelle der Staatssicherheit. Eine Sprechprobe von mir ist datiert auf den 22.11.1988. Es wurden Geruchsproben angefertigt, damit Spürhunde ggf. bei einem Grenzübertritt Überwachungsmaßnahmen einleiten konnten. Es wurde Post geöffnet, es verschwand Post. Vor allem aber erfand man Post, spielte sie Presseleuten und anderen zu, um gezielt Gerüchte in die Welt zu setzen oder vermeintlichen Feinden zu drohen, sie unter Druck zu setzen, zu verunsichern oder sie zu veranlassen, sich mit den Gerüchten so zu befassen, dass sie für ihre Kritik keine Zeit mehr haben sollten.

Das MfS hatte zur Verwirklichung dessen einen Maßnahmenplan (Anhänge 3-4) entwickelt, der zielgerichtet alle Bereiche abdecken sollte, in der die IGFM tätig war. Dabei wurden Schauplätze aufgeschlossen, die uns heute noch das Leben schwermachen, weil sie einfach nicht aus der Welt zu schaffen sind. Der Maßnahmenplan konnte nur verwirklicht werden durch einen ganzen Apparat von Mitarbeitern und Helfern: auf der einen Seite die Führungskader im Ministerium, dann Offiziere mit Außendienstaufgaben zur Werbung von IMs (Informelle Mitarbeiter), GMs (Gesellschaftliche Mitarbeiter), IMBs (Informelle Mitarbeiter im besonderen Einsatz) und deren Führung. Diese Mitarbeiter wurden überall, besonders unter den K-Gruppen geworben. Aber auch in den Gefängnissen in der DDR warb man solche Agenten, die entweder unter Druck gesetzt worden waren, weil man angeblich die Frau verhaften oder das Kind wegnehmen wollte, oder bei Langzeitgefangenen durch Versprechen, bald in die Freiheit zu dürfen,

---

wofür man etwas erwarte. Und solche Leute wurden dann der Bundesregierung bei den Freikaufgeschäften untergeschoben. Und darüber hinaus gab es noch die Schar der Beseelten aus dem Westen, die aus Überzeugung, aber auch für Geld Spitzeldienste übernahmen und beispielsweise Mitglied der IGFM oder der Parteien wurden, um interne Informationen zum Nachteil anderer weiterzugeben.

Ich bin in dieser Zeit einigen solcher tragischen Fälle begegnet, wie z.B. im Fall Dr. Rothenbächer und Dr. P. Warum ich den einen Namen nenne und den anderen nicht, hat einen Grund. Darauf komme ich noch einmal zurück.

1978 wurden die politischen Gefangenen Dr. Rothenbächer und Dr. P. freigekauft. Beide waren Hals-, Nasen-, Ohrenärzte. Sie hatten sich in der Haft kennengelernt und angefreundet. Der eine praktizierte als Arzt am Klinikum in Diez, der andere in Coburg. Beide ergötzten sich an der Freiheit und verstanden sie als Wettbewerb: Wer hat das schnellere Auto, das größere Haus und so weiter. Der eine wurde der Pate der Kinder des anderen. Beide waren Mitglied der IGFM und engagierten sich. Und dann fiel die Mauer, die Archive öffneten sich, und es stellte sich heraus: Dr. P. war IM und war auf unseren Verein angesetzt. Dr. Rothenbächer hatte eine Position nahe am Vorstand und so erfuhr die Staatssicherheit sehr früh von unseren Plänen bezüglich DDR-Aktivitäten. Frau Dr. Carola P., die Ehefrau des Agenten, war auch Agentin. Sie hatte den Auftrag, den eigenen Ehemann zu bespitzeln, aber auch den Tagesablauf von Dr. Rothenbächer über einen langen Zeitraum minutiös zu protokollieren. Aus den Akten ging dann hervor: Wenige Wochen vor der Wende hatte Frau Dr. P. soviel Material bereit gestellt, dass ihr Führungsoffizier in den Akten notierte: „Der Zeitpunkt der Liquidation ist gegeben.“ Der Fall der Mauer hatte Herrn Dr. Rothenbächer das Leben gerettet. Was geschah nun mit den beiden Ärzten in Coburg. Frau Dr. P. arbeitete bei der Stadt Coburg. Diese fühlte sich durch das geheime IM-Dasein von Frau Dr. P. betrogen und entließ sie. Ihr Mann verließ die Klinik und zog um. Als alle möglichen IMs jenseits von Mauer und Stacheldraht – in den neuen Bundesländern – entlassen worden waren, nicht aber in den alten Bundesländern, stellte Frau Dr. P. fest, dass man sie

---

nicht hätte entlassen dürfen, denn das Stasi-Bereinigungsgesetz kam nur auf dem Gebiet der DDR zur Entfaltung. Sie klagte gegen die Stadt, gewann, nahm den Verdienstaufschlag und eine hohe Abfindung. Ihren Namen darf ich heute wegen Verjährung nicht nennen.

Zum Feind des MfS erklärt zu werden, hat einigen tatsächlich den Tod gebracht. Einige wurden im Auftrag des MfS aus West-Berlin entführt und verschwanden in den Lagern der Sowjetunion oder wurden ermordet. Einige kamen durch inszenierte Autounfälle ums Leben.

Ich kenne den Fall des Bernd Moldenhauer, eines ehemaligen politischen Gefangenen der DDR, der kurz nach seiner Entlassung aus der Haft 1976 in die Dienste des BND trat. Ende der 70er Jahre stand er kurz vor der Aufdeckung eines hochrangigen Stasi-Offiziers. Er wurde bei Tübingen in eine Falle gelockt und ermordet. Beide – Opfer und Täter – waren – beide zur Tarnung - Mitglieder der IGFM. Bernd Moldenhauer hatte sich 1979 gegenüber dem Vorstand der IGFM erklärt und wurde aus der IGFM ausgeschlossen, weil sich unserer Meinung nach die Zusammenarbeit im Geheimdienst und Menschenrechtsarbeit nicht miteinander vereinbaren lassen. Der andere, Ari F., war Mitglied unserer Arbeitsgruppe in Berlin. Weil man Ari F. eine Mordabsicht nicht nachweisen konnte, sondern schloss, dass es sich um einen von Ari F. verschuldeten Verkehrsunfall gehandelt hatte, wurde er wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Jahren Haft verurteilt und nach eineinhalb Jahren Haft noch vor der Wende freigelassen. Nach der Wende wurden Absicht und Auftrag offensichtlich, da aber wegen des gleichen Verbrechens nicht zweimal bestraft werden kann, wurde kein neues Verfahren eingeleitet. Auch er erfreut sich der Verjährung und sein Name darf nicht mehr im Zusammenhang mit seiner Agententätigkeit genannt werden.

Ich will mit diesem Beispiel nur verdeutlichen, dass es sich nicht um Indianspielchen handelte, sondern die Erklärung zum Feind den Auftrag der Liquidierung beinhaltete.

So erging es auch der IGFM.

---

Die bisher bekannten Stasi-Akten über den Verein IGFM umfassen mehr als 100 Aktenordner. Hinzu kommen unzählige Seiten über Vereinsmitglieder, die selbst Gegenstand der Bespitzelung waren.

Für unsere Aufarbeitung wichtig sind vielleicht 20 - 30 Ordner, aus denen die systematische Bearbeitung hervorgeht. Diese Ordner sind hauptsächlich von der Abteilung Auslandsaufklärung angelegt worden. Sie wurden von hochrangigen Offizieren geführt und nicht selten steht am Rand der Vermerk des Stasi-Ministers Erich Mielke oder seines Stellvertreters Mittig. Organisiert waren sie als „Operative Vorgänge“, die sich wiederum in „Aktionen“ und „Bewertungen“ unterteilten. Jede Aktion bestand aus zahlreichen Einzelaktionen, die nach Möglichkeit aufeinander aufbauen sollten und mit denen ein festes Ziel verfolgt wurde, nämlich die Zerstörung des Vereins.

Der Eingangssatz nahezu jedes einzelnen Auftrags lautete:

*Zur weiteren Diskriminierung der IGFM wird vorgeschlagen ...*

Die für uns bedeutendste Akte war die „Aktion Natter“, quasi eine Anleitung zur Fälschung von Informationen im Namen der IGFM. Eine Fälschung baut systematisch auf die nächste auf, um langfristig ein Bild einer fragwürdigen Organisation aufzubauen. Sich sicher wählend, dass die Akten niemals in die „falschen“ Hände gelangen könnten, gaben die Autoren klare Ziele vor: Die IGFM in Widerspruch zur Bundesregierung zu bringen, als Organisation zu charakterisieren, die rechte und nationalistische Positionen vertritt, Unruhe unter den Mitgliedern und Förderern zu erzeugen und Aktionen auszulösen, die die IGFM zwingen könnten, sich mit sich selbst zu beschäftigen.

Zwölf Anzeigen wegen Fälschungen hatte die IGFM bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt gestellt, alle wurden mangels Beweises eingestellt und spätestens nach dem fünften Mal wurden wir angesehen, als litten wir unter Verfolgungswahn.

Ich will das anhand von wenigen Beispielen verdeutlichen: z.B. eine Aktion anlässlich unseres Mitwirkens an der KSZE-Konferenz in Madrid (Anhang 5); Ziel war die Schaffung eines zweifelhaften Rufs und Versuch der Ablenkung von den eigenen Aufgaben.

---

Die IGFM hatte ein Flugblatt erstellt mit dem Titel: „DDR – Tausende wollen Freiheit und Menschenrechte“. Auf der Rückseite wurde dann die Unfreiheit näher erläutert. Das MfS produzierte ein Flugblatt „Großbritannien: Tausende wollen Freiheit und Menschenrechte“; die Erläuterungen auf der Rückseite waren eindeutig: Danach setzte sich die IGFM nicht für politische Gefangene, sondern für die Rechte von Homosexuellen in Großbritannien ein. Ziel der Aktion war, dass viele Homosexuelle die IGFM um Hilfe bitten sollten, um die Arbeit der IGFM zu stören und gleichzeitig für die weitere Diskriminierung zu benutzen. Als Adresse wurde ein zwielichtiges Hotel ausgesucht und das ganze noch untermauert durch ein Presserundschreiben, in dem darauf hingewiesen wurde, dass derzeit viele Fälschungen im Umlauf seien und nur diese Adresse gelte, man solle sich nicht verunsichern lassen.

Diese Aktion hatte keinen Erfolg. Unsere Präsenz war zu groß; wir waren zu aktiv.

Um solche Maßnahmen durchführen zu können, brauchte man Briefpapier der IGFM. „Die „Original-Kopfbögen“ wurden nicht etwa gestohlen oder kopiert, sondern sie wurden „zur zielstrebigsten Bekämpfung dieser Feindorganisation“ nachgedruckt (Anhang 6).

Nachhaltige Wirkung zeigte eine Aktion aus dem Jahr 1980, in der eine in Dresden wohnende Frau Marion P., ein angeworbener IM, sich in einem handschriftlichen Brief (Anhang 7) an Bundeskanzler Helmut Schmidt wandte und sich später noch einmal bei dem damaligen innerdeutschen Minister Egon Franke darüber beklagte, dass ihr Mann wegen des Kontakts zur IGFM verhaftet worden sei. Egon Franke, dem die IGFM sowieso ein Dorn im Auge war, reagierte wie gewünscht: Er forderte die IGFM öffentlich auf, ihre Arbeit einzustellen. Es gab nach einer kleinen Anfrage des Abgeordneten Jäger sogar eine sehr hitzige Auseinandersetzung im Deutschen Bundestag, wo Minister Franke die IGFM „Freibeuter“ nannte. Nun bitte, wie mag wohl die Reaktion der Öffentlichkeit gewesen sein, als ein Minister die IGFM Freibeuter titulierte. Etliche Mitglieder traten aus, wir hatten einen politischen Skandal erster Güte. Die IGFM reagierte darauf mit sehr viel Mut: wir veröffentlichten ein Plakat mit den Köpfen von 54 politischen

---

Gefangenen, darunter Langzeitgefangene mit über 15 Jahren Haft, und kündigten an, im kommenden Jahr seien sie frei, weil „Öffentlichkeitsarbeit hilft!“ In der Tat, die Bilanz des Folgejahres war beeindruckend: Von den 54 politischen Gefangenen waren nur noch sechs in Haft, vor allem aber waren die Langzeitgefangenen frei.

Es gab Maßnahmen, um die Presse gegen die IGFM aufzubringen; es wurden Wahlprüfsteine verschickt, in denen die IGFM angeblich verlangt, dass nur solche Parteien zu wählen seien, die einerseits die IGFM finanziell fördern und andererseits nur solche gefördert werden, die wie die IGFM für Menschenrechte kämpfen. Welche Menschenrechte, wurde dann näher erläutert, und es konnte nach dem Lesen kein Zweifel daran bestehen: Die IGFM war weit nach rechts gerückt. Brachte diese Maßnahme bis auf ein paar Zweifler keinen Erfolg, so war die nächste umso erfolgreicher.

Exakt auf diesen Wahlprüfsteinen aufbauend, nämlich Unzufriedenheit mit der Politik nach der Wahl, ließ man einen angeblichen Internen Aktionsplan anonym den GRÜNEN in Frankfurt zukommen, wo eine angebliche neugegründete Jugendgruppe der IGFM Gewalt ankündigt (Anhänge 8-9).

Beschriebene Maßnahmen (Zitat):

- Mahnwachen vor sowjetischen Einrichtungen (z.B. Aeroflot-Büro);
- Mahnwachen vor den Parteibüros der SPD und der GRÜNEN wegen ihrer Zusammenarbeit mit dem Osten und der stillschweigenden Duldung der Menschenrechtsverletzungen durch die östlichen Machthaber;
- eine „Aktion Heimkehr“, mit der wir unsere ausländischen Mitbürger an ihr Recht auf Rückkehr in ihre Heimat erinnern wollen.

Das waren nur Ausschnitte aus einer Aktion namens Natter; es gab da eine ähnlich schwerwiegende Aktion mit Namen Konter, die alleine zur Störung des Verhältnisses der IGFM zur Presse aufgebaut war. Ich kann Ihnen versichern, dass westdeutsche Journalisten sich auf Bestellung einladen ließen, Informationen in Ost-Berlin besprachen und mitnahmen, es ihren Chefs in Bonn und anderswo vorlegten und dann Artikel über die IGFM verfassten, die uns großen Schaden zufügten. Diese Aktionen wurden darüber hinaus kontrolliert und die Ergebnisse bewertet; alles sorgfältig festgehalten. Ich kann Ihnen ebenso versichern, dass einzelne Redakteure –

---

soweit sie jetzt nicht in Rente sind – lange nach der Wende bei angesehenen Zeitungen nahtlos weiterarbeiten konnten, obwohl man deren Versäumnisse kannte. Auch das Fernsehen wurde durch eigene Redakteure missbraucht.

Wer hat den Film „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ – gespielt von Veronika Ferres – gesehen?

Diese Frau namens Jutta Gallus hatte einen Fluchtversuch unternommen, und dafür hatte man ihr die Kinder weggenommen. Sie wurde in den Westen freigekauft. Sie begann hier, für ihre Kinder zu kämpfen. Die Zeitschrift „Der Stern“ bemühte sich, Frau Gallus und die IGFM in schlechtem Licht dastehen zu lassen, als Mutter, die ihre Kinder vernachlässigt hatte. Der Redakteur erhielt dafür Genehmigungen, Interviews in der DDR zu führen, die die Position der DDR-Regierung bekräftigten. Der Stellvertretende Stasi-Minister Mittag stufte diese Aktion als so hoch ein, dass er der Abteilung, die uns „betreute“ anwies: „Alle anderen Vorhaben zurückstellen.“ (Anhang 10). Der Stern-Artikel war so erfolgreich, dass man eine Lancierung des gleichen Vorgangs in Bild, Berliner Zeitung, RIAS und Morgenpost beschloss. Und schließlich interessierte sich auch ARD-Korrespondent Robert R. und der dpa-Korrespondent Hartmut J. dafür. Und so erschien eine mit der Stasi abgestimmte Moderation zu einem Filmbeitrag auch am 12. August 1985 in „Kontraste“.

Ich möchte nun aber mal zu dem kommen, worauf Sie warten. Sie erwarten deutlich zuviel. Das vorweg. Aber es bleibt doch etwas, nämlich, dass die Stasi überall in Deutschland Informationen einholte, Leute organisieren konnte und brave Bürger für ihre Zwecke einspannen konnte.

Ich war – das sage ich aus eigener Anschauung – nur ein kleines Licht in der IGFM damals. Aber für die Stasi-Leute nicht (Anhang 11). Meine Aufgabe war es von 1978 bis zur Wende, Leute zu motivieren, sich für Gefangene und Verfolgte einzusetzen. Ich habe sie angeleitet, wie man Petitionen schreibt und sie begründet und habe Appelle verfasst; ich habe die Mitglieder der deutschen Sektion der IGFM in einem von mir geführten Netzwerk verbunden. Ich habe Demonstrationen und Mahnwachen organisiert und geleitet, und ich habe Ideen transportiert zu politischen Entscheidungsträgern. Das wird mir besonders vorgeworfen.



---

Ein wirkliches abschließendes Bild von mir gibt es nicht. Mein Name taucht als Mitarbeiter in vielen Aktenstücken auf. Schließlich aber fertigte man eine Handakte an (Anhänge 12-17). Diese Handakte wurde jährlich fortgeschrieben, mal was eingefügt, mal was ausgeschnitten. Ich habe Ihnen einen Auszug aus dem Jahr 1988 mitgebracht und sie werden feststellen: Überhaupt nicht spektakulär, aber darum ging es den Autoren nicht. Sie selbst standen unter Erfolgsdruck und schrieben so manches Literarisches, was ihrer Meinung nach aber so hätte sein können. Und wichtig war eben auch, vorgeben zu können, nie den Kontakt verloren zu haben und eine ganzheitliche „Betreuung“ nachweisen zu können, außerdem die Person als wichtig hinzustellen, weil es die Autoren damit selbst hebt. Nach dem Motto: Wir sind es, die einen wichtigen Fisch an der Angel haben, also bitte nehmt auch uns wichtig.

Und so kommen wir dann auch nach Unkel. Irgendwie wollte man wissen, woher ich komme und wer ich war und dazu gehörte die Durchleuchtung des gesamten Umfeldes: aktuelle Nachbarn in Frankfurt und Abgleich mit anderen Archiven, ob dort ein Name dabei ist, den man in anderem Zusammenhang kennt oder den man vielleicht Herrn Hafen „zuführen“ könnte, um durch ihn an weitere Informationen zu kommen. Aber der Hafen hat eben auch eine Herkunft und eine Vergangenheit vor der IGFM. Und so gehörte es zu den Aufgaben dieser Stasi-Leute, sicherzustellen, dass ich der bin, über den sie schreiben (Anhang 18). Man hatte nämlich festgestellt, dass es noch einen Karl Hafen gab, und dieser hatte DDR-Kontakt. Dieser Karl Hafen war mein Vater, der einen Kriegskameraden in Magdeburg und Schriftverkehr mit ihm hatte. Also wurde das gleiche Erkundungsmuster über die Kontakte in Unkel gezogen. Erst die Familie, dann die Nachbarn. Und so kommen dann die Namen Unkelser Bürger in Stasi-Archive (Anhang 19).

Beschafft wurden solche Informationen über offizielle Kanäle. Zuerst schaute man in allgemein zugängliche Telefonverzeichnisse, dann sicherte man das ab durch Anfragen beim Einwohnermeldeamt. Das ging recht unkompliziert, denn amtliche Anfragen wecken in uns immer noch preussisches Pflichtgefühl. Und wo es in die Tiefe gehen musste, weil man sich

---

eines Vornamens wegen des Rufnamens nicht sicher war, da erfand man eine in Aussicht stehende Erbschaft, wegen der man sich der Person absolut sicher sein müsste. Und glauben Sie mir: Je weiter ein Ort von der DDR-Grenze entfernt war, desto sicher konnte man sein, dass die Anfrage auf dem Wege der Amtshilfe sorgfältigst beantwortet wurde.

Das ist eigentlich die ganze Geschichte. Für Unkel nicht spektakulär, aber insgesamt ein Hinweis darauf, wie geheime Dienste eine Feindperson durchleuchten, um sie auf den Kopf zu stellen, zu verunsichern und im besten Falle umzudrehen.

Abschluss:

Ein ehemaliger politischer Häftling, Mitglied der Riesaer Friedensbewegten, evangelischer Christ, frug mich vor ein paar Jahren: Wofür bin ich ins Gefängnis gegangen? Wofür habe ich meine Freiheit aufs Spiel gesetzt? Er musste einen doppelten Frust ertragen: Sein ehemaliger Chef, der ihn denunziert hatte, hatte die Firma gekauft, in der er in Stuttgart als Ingenieur untergekommen war und entließ ihn.

Viele Tausend Stasi-Zuträger in der DDR haben in ihren Augen bitter bezahlt. Eine Gruppe hat bisher nicht bezahlt: Das sind die Agenten hier im Westen, wohl situierte Bundesbürger, die das Leben, die Familie und die Freiheit anderer zerstört haben. Es hat nur eine Aufarbeitung Ost gegeben, aber es muss auch eine Aufarbeitung West geben.

Vor ein paar Jahren wurde bekannt, dass der Stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Bundespolizei früher Offizier der Grenztruppen war, die Schuld am Tod des letzten DDR-Mauertoten, des 20jährigen Christian Geuffroy, waren und seine Familie wochenlang über das Schicksal des Sohnes im Unklaren ließen. Wir haben damals dafür gekämpft, dass der Leichnam des Jungen endlich zur Beerdigung freigegeben wurde und die Familie seines Freundes Christian Gaudian endlich etwas über ihren Sohn erfahren. Er war nämlich durch Schüsse schwer verletzt worden. Dieser Oberste Polizist klagte dagegen, dass sein Name öffentlich genannt wurde und bekam Recht. Er wurde nicht entlassen, er wurde noch nicht einmal versetzt.

---

Ich habe bei einer solchen Veranstaltung wie diese hier öffentlich seine Entlassung gefordert und dabei seinen Namen genannt und das durch eine Pressemitteilung untermauert. Diese wurde auf unserer Webseite veröffentlicht. Das hat mir ein Bußgeld in Höhe von 1.200 € eingebracht und eine Haftandrohung für den Wiederholungsfall. Ich habe daraufhin veranlasst, dass die Pressemitteilung auf unserer Webseite gelöscht wurde. Was ich nicht wusste, war, dass trotz Löschung immer noch eine Spur zu dem Text führte und sein Anwalt über diese Spur den Text noch nach einem halben Jahr rekonstruieren konnte. Wegen offensichtlicher Uneinsichtigkeit wurde ich zu weiteren 1.800 €, die direkt an ihn zu zahlen waren, erneut verurteilt. In Haft musste ich nicht, weil ich die Anweisung zur Löschung nachweisen konnte.

Selbst wenn sie heute nicht mehr strafrechtlich belangt werden können, ihre Agententätigkeit muss aufgeklärt werden. Es ist notwendig, dass die Gauckbehörde nicht nur in Erfurt, Leipzig, Berlin und Rostock tätig ist, sondern auch in Bonn, Frankfurt, in Düsseldorf, in Hannover, Hamburg und Kiel. Es waren nicht nur Eigenleistungen der Stasi und der Volkspolizei, dass Menschen im Osten inhaftiert wurden, sondern es waren auch Informanten, die sich und ihre Informationen an die Stasi verkauften. Diese 2.000 West-Agenten dürfen nicht später ihre Memoiren schreiben und sich über die Einfalt der westdeutschen Besserwessis und Gutmenschen herablassend äußern.

Und es gibt noch eine andere Ungerechtigkeit: Den ehemaligen politischen Gefangenen geht es ungleich schlechter als denen, die sie in die Gefängnisse gebracht haben. Ihnen fehlen z.B. Rentenjahre, während die Stasi-Offiziere sich zusammengetan und eine Klage vor dem UN-Menschenrechtsausschuss eingereicht haben, wonach sie ihre Dienstzeiten anerkannt und ihre Sonderrenten haben wollten. Sie haben gesagt, dass sie wie die Beamten des Bundesnachrichtendienstes behandelt werden wollen und es faktisch keinen Unterschied gebe. Und deshalb gibt es eben gutsituierte Stasi-Offiziere und schlecht verrentete Stasiopfer, die jetzt eine kleine Entschädigung – die Opfer- oder Ehrenrente – erhalten können, wenn sie die Bedingungen dafür erfüllen. Man müsste nach diesen Vorbereitern der

---

Freiheit der Deutschen im Osten wenigstens eine Straße benennen, aber Thälmann-Straße bleibt Thälmann-Straße, und Marx und Engels sind auch bei uns weiterhin beliebte Straßennamen. Und eines kann ich Ihnen versichern, wer als ehemaliger politischer Gefangener wieder in den Osten zurückgekehrt ist, erlebt heute wie gestern Ausgrenzung und spürt die alten Seilschaften. Sie leben noch, darum muss aufgeklärt werden.

Die IGFM betreut weiterhin aus politischen und religiösen Gründen Verfolgte und Gefangene, auch in sozialistischen und kommunistischen Staaten. Wir müssen damit leben, dass es sich diktatorische Regierungen nicht gefallen lassen, dass man über sie urteilt. Die DDR war so ein Staat. Sie hat die IGFM 1977 zum Staatsfeind erklärt. Die DDR ist untergegangen, die IGFM nicht. Das können einige heute noch nicht überwinden.

Haben diese Angriffe ein Ende? Erwarten wir neue Angriffe? – Das kann man nicht ausschließen, denn unser heutiger Schwerpunkt ist die Beobachtung der Religionsfreiheit und im Mittelpunkt steht die Lage der Christen in diesen Ländern. Indem wir Gleichberechtigung für Frauen und Nichtmuslime fordern, fühlen strenggläubige Muslime ihre Religion Islam verletzt und beleidigt. Ich bin sicher, dass diese Arbeit irgendwann spürbare Konsequenzen nach sich ziehen wird.

Karl Hafen

-----

BStU

000001

- 8. 08. 79

MfS/BV/Verw.

Berlin, den 7. 8. 79

Dienstseinheit

HA VII/5

Mitarbeiter Dorday

Reg.-Nr.

13687/79  
ein Vorg. geht auf VIII/1224/78XIII/4  
2. 05/8Teilvorgänge vergliche  
Dulage zum Beschluß**MfS**  
**Beschluß**

über das Anliegen

einer Operativ-Vorlaufakte

1. Deckname (wenn als notwendig erachtet) .....
2. Tatbestand .....

Zentralen  
eines Operativ-Vorganges

1. Deckname ZOV "Zentrale" .....
2. Tatbestand Feindorganisation § 109 StGB (Gefährdung intern  
"Gesellschaft für Menschenrechte" Beziehungen

eines Ermittlungsverfahrens

(nur bei Ermittlungsverfahren ohne Haft/gegen Unbekannt/bei Übernahme von anderen Organen)

1. Tatbestand .....

eines Vorganges über Feindobjekt/Sondervorgang

1. Bezeichnung des Objektes/Personenkreises .....

Gründe für das Anliegen:

Die "GfM" gehört gegenwärtig zu den aktivsten in der BRD und WB etablierten Feindorganisationen, die einen zielgerichteten subversiven Kampf gegen die DDR, die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten führt. Aufgrund der intensiver und breiter gewordenen Angriffe dieser Feindorganisation und der verstärkten Einbeziehung ihrer Arbeitsgruppen in diesen subversiven Kampf, ist die weitere Bearbeitung der Zentrale und die schwerpunktmäßige Bearbeitung ausgewählter Arbeitsgruppen objektiv notwendig. Dazu ist das Anliegen des ZOV "Zentrale" erforderlich.

Mitarbeiter  
Dorday, Ref.-Ltr.  
MajorLeiter der Gruppe  
Ulmann  
Oberstleutnant

Bestätigt am: .....

vom .....

Unterschrift  
Buchner

Anmerkung: Zusätzlich Name und Dienstgrad mit Maschine bzw. Druckschrift angeben

Form 1b 357 673 50.0

KK-erfaßt ausgewertet  
Dat. 8.8.79 Stn. 72KK-erfaßt ausgewertet  
Dat. 8.8.79 Stn. 72

VME/8274/87

005

Zentrale  
Koordinierungsgruppe  
Leiter

Berlin, 1. 12. 1987  
LM 708887

BStU

000005

Stellvertreter des Ministers  
Generalleutnant Neiber

Beiliegend überreiche ich die Konzeption  
zur operativen Bearbeitung der Feind-  
organisation IGfM mit der Bitte um Be-  
stätigung.

Die Konzeption zur Feindorganisation  
Hvd wird gegenwärtig überarbeitet und  
nachgereicht.

Niebling  
Generalmajor

008

# 1. Zielstellung in der operativen Bearbeitung der IGfM

Die Zielstellung der operativen Bearbeitung der IGfM besteht in der Nachweisführung, daß alle von ihr unternommenen Aktivitäten mit Zielrichtung DDR und andere sozialistische Länder mit subversiven Absichten verbunden sind und deshalb alle Maßnahmen der Förderung und Unterstützung durch den Staatsapparat der BRD im krassen Widerspruch zum Völkerrecht stehen, sich gegen die Politik der Entspannung, des Dialogs und der Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten richten, die Beziehungen belasten und den persönlichen Interessen der Menschen schaden.

Durch die beweiskräftige Offenlegung des subversiven Charakters der IGfM und der von ihr zur Anwendung gebrachten Mittel und Methoden zum Zwecke der Inspirierung und Organisation von Übersiedlungsversuchen durch Bürger der DDR unter dem Deckmantel der Menschenrechte und der auf dieser Grundlage durchgeführten Kampfmaßnahmen zu ihrer Verunsicherung und Zersetzung sollen

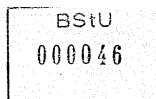
- ihre Einfluß- und Einwirkungsmöglichkeiten auf Bürger der DDR und ihre Resonanz bei diesen wirksam eingeschränkt,
- ihre politische Basis bei führenden Politikern der BRD und im Staatsapparat und ihre personelle Basis unter den Bürgern der BRD verunsichert und geschwächt,
- die politische und materielle Unterstützung der Tätigkeit eingeschränkt bzw. beseitigt,
- der Anschein einer Menschenrechtsorganisation auf nationaler und internationaler Ebene zerschlagen

werden.

Wesentliche Aufgaben zur Erreichung der fixierten Zielstellung unter Beachtung der vorgesehenen veränderten taktischen Vorgehensweise der IGfM und der damit verstärkten Geheimhaltung und Konspiration bei allen ihren Aktivitäten sind:

- die Führungskräfte und aktivsten Mitglieder weiterhin intensiv aufzuklären und neben den bereits bekannten Persönlichkeitsbildern vor allem solche Merkmale, Verhaltensweisen und Handlungen aufzudecken, mit denen sie in der Öffentlichkeit kompromittiert werden;
- Kompromittierende Veröffentlichungen zum Charakter der IGfM, ihrer selbst gestellten Ansprüche und der tatsächlichen Aufgaben sowie zu hinter ihr stehenden Stellen und Kräften in den Medien der DDR und Lancierung solcher bloßstellenden Informationen in die Medien der BRD und anderer Länder sowie Nutzung aller öffentlich verwendbaren Informationen und Beweise für die Öffentlichkeitsarbeit des MfS;
- Lancierung kompromittierender Informationen in das politische Umfeld und existenzwichtigen Verbindungen der IGfM;





046

Hauptabteilung VII  
Leiter

Berlin, den 11. 10. 1979  
5/Sa/Pl  
Sp/1A/762  
179

Abteilung 3  
Leiter

Generalmajor Dr. Münch

Einleitung von operativen Fahndungsmaßnahmen über Telefonanschlüsse zur Zentrale, den Arbeitsgruppen, zu ausgewählten Funktionären, hauptamtlichen Mitarbeitern und Mitgliedern der Feindorganisation "Gesellschaft für Menschenrechte e. V."

Auf Grund der im Befehl 6/77 des Genossen Minister für die HA VII festgelegten Aufgaben und der daraus resultierenden Aufgaben bitte ich Sie, die nachstehend aufgeführten Telefonanschlüsse der BRD und Westberlins entsprechend den Möglichkeiten Ihrer Diensteinheit fahndungsmäßig zu bearbeiten.

In diesem Zusammenhang interessieren insbesondere folgende Informationen:

- Welcher dieser Anschlüsse ist wann, wie im Zusammenhang mit welchen Anschlüssen der DDR, insbesondere der Hauptstadt der DDR, in welchem Zusammenhang mit welcher Information/Person/Sachverhalt angefallen; an wen wurde diese Information weitergeleitet?  
Alle bisher diesbezüglichen Informationen, die festgestellt wurden, sind für uns von Bedeutung.
- Beim Anfall der nachstehend aufgeführten Telefonanschlüsse, d. h. wenn diese durch DDR-Bürger verlangt oder angerufen werden, bitten wir den/die Fernsprechteilnehmer und soweit es geht, den Gesprächsinhalt zur politisch-operativen Auswertung unverzüglich der Abteilung 5 der HA VII, Telefon 2972 oder 711211 zu übermitteln.
- Ebenso bitte ich, soweit dies in Ihren Möglichkeiten liegt, auflaufende Anrufe der nachstehend aufgeführten Fernsprechteilnehmer der BRD zu Fernsprechteilnehmern der DDR, insbesondere der Hauptstadt der DDR, entsprechend festzustellen, fahndungsmäßig zu bearbeiten und bei erarbeiteten Informationen, wie oben angegeben, an die Abteilung 5 der HA VII weiterzuleiten.



**GfM****GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE E.V.**

Gesellschaft für Menschenrechte, Postfach 2965, 6000 Frankfurt/M. 1

An die  
Mitglieder, Freunde und Förderer  
der Gesellschaft für Menschenrechte

Sitz: Kaiserstraße 40  
6000 Frankfurt am Main  
Telefon: (0611) 23 69 71-72

Gemeinnützige Körperschaft  
Assoziiert an The International League  
for Human Rights, New York

Spendenkonto: Deutsche Bank AG,  
Frankfurt am Main, Kto. 405 2031  
Postcheckamt: Kto. 3269 66-602 Ffm.

Frankfurt/M.

Verehrte, liebe Freunde!

Zur KSZE in Madrid haben wir, wie Ihnen bereits bekannt ist,  
eine Informations- und Beschwerdestelle errichtet.

Leider sind wir gezwungen, unsere Anschrift in Madrid zu ändern.  
Bitte schicken Sie Ihre Anliegen, Informationen und Nachrichten  
an die

Informations- und Beschwerdestelle der  
GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE (KSZE-Madrid),

Tel. ....

Wie bekannt, ist die Beteiligung an der KSZE mit hohen Unkosten  
verbunden. Unsere Bemühungen, von der Bundesregierung eine Zu-  
wendung zu erhalten, blieben leider erfolglos. Das veranlaßte  
uns zur Umdisponierung unserer Informations- und Beschwerdestelle  
(KSZE-Madrid).

Darüber hinaus gibt es gefälschte Schreiben der GfM, in denen  
andere Anschriften als die hier angeführte mitgeteilt wurden.  
Für Ihre Anteilnahme, für Ihre Spenden und zahlreichen Aktivitäten  
bedanken wir uns herzlich.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihre Gesellschaft für Menschenrechte

I. I. Agrusow  
Geschäftsfr. Vorsitzender

**FÄLSCHUNG**

Ehrenpräsident  
Ludmila Alexiewa, USA  
Andrei Amalrik, USA  
Prof. Urs von Baltasar, Schweiz  
Wladyslaw Bartoszewski, Polen  
Dr. Jörg B. Birke  
Prof. Dieter Blumenwitz  
Prof. Carlos Buzza

Constantin Freiherr Heereman  
Prof. Dr. Walter Hoeres  
Prof. Klaus Hornung  
Prof. Otto Kimmich  
Prof. Stefan Kisilewski, Polen  
Erik von Kuehnelt-Leddihn,  
Österreich

Prof. Jochen Pagemann  
Prof. Laszlo Révész, Schweiz  
Prof. Gotthold Rhode  
Dr. Peter Sager, Schweiz  
Prof. Hans-Joachim Schoeps  
Niklas Freiherr von  
Schrenck-Hotzring  
Dr. Joseph Stimpfle, Bischof von Augsburg  
Wernerfried von Steuben, o. Präem.

Vorstand des Vereins:  
Bundesvorsitzender:  
Prof. Dr. H. Nitsche  
Geschäftsf. Vorsitzender: I. I. Agrusow  
Bundesschatzmeister: L. Müller  
Sprecher des Vorstandes:  
Dr. Reinhard Grauch  
Beisitzer: H. J. Caspar, Hamburg  
.....

Hauptabteilung VII  
Stellvertreter des Leiters

Berlin, 3. November 1982  
5-fa-ka  
Sp/A/ 519 182

OTS  
Abteilung 35  
Leiter  
Oberst Steinbruch

459

Anfertigung von Kopfbogen der Feindorganisation "Internationale  
Gesellschaft für Menschenrechte"

Im Zusammenhang mit der zielstrebigem Bekämpfung dieser Feind-  
organisation benötigen wir zur rechtzeitigen Vorbereitung ge-  
eigneter operativer Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung  
geplanter subversiver Aktivitäten und Provokationen dringend  
150 neue Original-Kopfbogen (siehe Anlage).

Ich bitte Sie, entsprechend den Möglichkeiten Ihrer Dienst-  
heit, um Unterstützung.

Anlage  
1 Original-Kopfbogen  
der "IGfM"

Anlage  
Spange  
Oberst

483

FÄLSCHUNG

Gera, d. 9. 12. 1980

Wertes Herrn Bundeskanzler Schmidt!

Ich wende mich mit einem Problem an Sie, wo Sie mir helfen müssen. Mein Mann ist derzeit inhaftiert, wird in Verbindung zur „Gesellschaft für Menschenrechte“ und Herrn Löwenthal im ZDF aufgenommen. Hat und die DDR ungerecht zu verurteilen. Meiner Meinung nach ist der Grund in die Bundesrepublik Deutschland zu gelangen, bei ihm folgender gewesen.

Mein Mann hat in einem Betrieb gearbeitet, wo Arbeitskollegen inhaftiert wurden, weil sie Diebstahle begangen haben. Da mein Mann mit diesen Kollegen sehr persönlichen Kontakt hatte, konnte er auch damit inhaftiert zu werden, weil er auch bestimmte Dinge gewußt hat. Im April 1980 waren unsere Verwandten aus Seligenstadt bei uns zu Besuch, wo mein Mann sie daraufhin ansprach, daß sie sich mit dem Herrn Löwenthal in Verbindung setzen sollten um Unterstützung zu erhalten so schnell wie möglich in die Bundesrepublik Deutschland gelangen zu können.

Kurz darauf erhielten wir schriftliche Materialien von Herrn Löwenthal einschließlich ein Heft „Gesellschaft für Menschenrechte“.

Beim Lesen dieser Unterlagen haben wir festgestellt, daß eine Antragstellung zur Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland strafbar ist, aber Herr Löwenthal

Hauptverwaltung A  
Abteilung X/2

403

Berlin, den 21. 2. 1984  
555/wi

130

Bestätigt:

Generalmajor

V o r l a g e

Aktion "NATTER" - hier: Maßnahmen gegen die "Internationale  
Gesellschaft für Menschenrechte" (IGFM)  
im Zusammenhang mit der Jahrestagung 1984  
dieser Feindorganisation

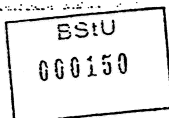
Zur weiteren Bekämpfung der IGFM und ihrer subversiven Handlungen wird vorgeschlagen, in Vorbereitung der am 10./11. März 1984 stattfindenden Jahrestagung der IGFM aktive Maßnahmen mit der Zielstellung durchzuführen, die IGFM in der Öffentlichkeit der BRD und Westberlins weiterhin als eine Einrichtung zu diskreditieren, die für die Bundesregierung und die westdeutsche Bevölkerung eine Belastung darstellt, sie in Widersprüche zur gegenwärtigen Politik der Bundesregierung und der CDU/CSU zu bringen sowie sie als eine Organisation zu charakterisieren, die rechte- und nationalistische Positionen im Rahmen ihrer feindlichen Aktivitäten vertritt.

Die unmittelbar vor Beginn der Jahrestagung der IGFM zu realisierenden Maßnahmen sollen dazu beitragen, Unruhe und Unsicherheit unter den IGFM-Mitgliedern und ihren Förderern zu erzeugen sowie mögliche Aktionen auszulösen, die die IGFM zwingen könnten, sich verstärkt mit sich selbst zu beschäftigen. Die Wahl des Zeitpunktes der Maßnahmendurchführung - unmittelbar vor Tagungsbeginn - soll verhindern, daß noch vor Beginn der Beratung größere Absprachen zwischen den IGFM-Mitgliedern bzw. mit der Frankfurter IGFM-Zentrale durchgeführt werden.

Im einzelnen sind folgende Maßnahmen geplant:

179

1. In einer fiktiven Dokumentation gibt die IGFM eine Art "Standortbestimmung" ihrer Tätigkeit auf der Grundlage ihrer weiteren "Internationalisierung" und unter den Bedingungen einer unionsgeführten Bundesregierung und kommt zu dem Ergebnis, daß sich ihre Tätigkeit auch im vergangenen Jahr nicht wesentlich verbessert hat und die von der IGFM erwartete "Wende" in der Deutschlandpolitik durch die "Halbherzigkeit" der Bundesregierung nicht eingetreten ist (Anlage 1).  
Diese Dokumentation wird auf IGFM-Kopfbogen den Arbeitsgruppen der IGFM, BRD- und Westberliner Massenmedien sowie an führende CDU/CSU-Politiker gesandt. Absender ist die IGFM-Zentrale in Frankfurt/M.
2. Führenden Vertretern der Landtagsfraktionen Hessen, insbesondere den Grünen, wird anonym ein angeblicher "interner Aktionsplan der IGFM" anläßlich der Jahrestagung der Gesellschaft "zugespielt", in dem Aktionen angekündigt werden, die sich vor allem gegen die Grünen richten und Unruhe in Frankfurt/M. erzeugen sollen. Ziel der Maßnahme ist es, entsprechende Gegenreaktionen durch Exekutiv-Organen der Stadt Frankfurt/M. zu erzeugen und damit die IGFM-Jahrestagung zu belasten (Anlage 2).
3. In einer Pressemitteilung fordert ein fiktiver "Kreis junger IGFM-Mitglieder" dazu auf, eine Jugendorganisation in der IGFM zu gründen. Die dargestellten Ziele dieser geplanten Jugendorganisation sind eindeutig rechtskonservativ und nationalistisch (ähnlich der der Jugendorganisation der "Konservativen Aktion") und könnten bei einer möglichen Publizierung die sich in der Öffentlichkeit als eine "parteipolitisch unabhängig" gebende IGFM belasten (Anlage 3).



149

80

Stellv. d. Ministers

Berlin, 1. 10. 1985  
VNE/ 7127 /85

Genossen Minister

*nach Kommt.*  
*Mi.*

Beiliegend überreiche ich einen Vorschlag zur Lancierung einer Publikation in der BRD-Illustrierten "Stern" gegen die Hetze der IGfM im Zusammenhang mit Sorgerechtsfragen. Ich befürworte diesen Vorschlag und bitte Sie, die vorgesehene Maßnahme zu bestätigen.

Anlage

*K. K.*  
Neiber  
Generalleutnant

Die im Vorschlag genannten Anlagen liegen mir vor.

*Gen. Müller,*  
*Zur Durchsicht*  
*Wien, 8. 10.*

## Inhaltsverzeichnis

323

BStU

000323

-Vorgang		Reg.-Nr.	
Lfd. Nr.	Inhaltsangabe	Blatt-Nr.	Bemerkungen
18.	Auszug aus ZDF-Sendung vom 16.07.1985	1 -	6
19.	Presse zur IGfM, RA Vogel und Fall [REDACTED]	7 -	22
20.	Information über [REDACTED]	23 -	25
21.	Abschrift ARD-Sendung 12.08.1985 zum Fall HOBUSCH und Presse dazu	26 -	39
22.	Tonbandabschrift "Kontraste" vom 12.08.1985	30 -	45
23.	Information zur Auswahl für "STERN" vom 27.09.1985	46 -	50
24.	Vermerk zum Vorschlag der Lancierung "Stern" vom 30.09.1985 mit Belegmaterial	51 -	72
25.	Ausstellung von Beweismitteln zum Fall Fall HOBUSCH MIT allen Kopien des Materials	73 -	150
26.	FS vom 30.10.1985 über Planung "Stern"-Artikel	151 -	152
27.	Vermerk über Material für Gespräch mit "Stern"-Korrespondenten vom 03.12.1985 mit Material über IGfM und IGfM-Fälle	153 -	163
28.	Hinweise über das abschließende Gespräch mit "STERN" -Korrespondent vom 13.12.1985	164 -	177
29.	Information der HA II vom 31.12.1985 über "STERN"-Vorhaben	178 -	181
30.	Abschrift FS der BV Rostock vom 02.04.1986	182 -	183
31.	Information HVA/I/7 vom 07.02.1986	184 -	185
32.	"Stern"-Beitrag Nr. 16 vom 10.04.1986 mit IM-Informationen über Reaktionen darauf	186 -	190
33.	"STERN"-Beitrag in Nr. 16. vom 10.04.1986 mit unserem Belegmaterial GALLUS/Schmidt u.a.	191 -	216
34.	Info III Nr. A/43136/21/12/85	217 -	219
35.	Beckblatt "Projekt STERN"	220	



E 13 1338 188

Reg.-Nr. HA VIII/Abt. VII

1546/88

BStU

000261

— 50 —

**Sachbearbeiter**

Telefon 23 656

Tgb.-Nr. 303/88

Berlin

28.3.1988

6 1546-1552/88

(Nur mit Schreibmaschine ausfüllen)

## Hafen

Karl

**Familienname, auch Geburtsname**

**Vorname**

**Geschlecht**

ca. 1951

BRD

BRD.

### Ziel und Aufgabe der Ermittlung

Konkrete Begründung der Notwendigkeit und Zielstellung der durchzuführenden Ermittlung (Operativvorgang, OPA/OPK, Werbung, IM-Überprüfung, Aktionen u. a.)

Die Ermittlung ist zur weiteren Aufklärung des Hafens im Rahmen der

operativen Bearbeitung des IGM im ZOV "Zentralc" erforderlich und soll vor allem Erkenntnis über seine Tätigkeit in der IGM, seine Kontakte und Verbindungen, seine Familienverhältnisse sowie seinen Lebenswandel ergänzen.

BStU

000263

263

Welche Punkte sollen konkret ermittelt werden?

Politische Einstellung und Haltung, Zugehörigkeit zu Parteien und

Organisationen, Angaben zur persönl. und berufl. Entwicklung, Angaben

über Qualifikationen, Wohn-, Vermögens- u. Familienverhältnisse, Umgangs-

und Verbindungskreis, Angaben zum Lebenswandel, Angaben zum Gesundheits-

zustand. Hinweis auf Differenzen zur offiziellen Regierungspolitik bzw. zu grundsätzlichen Orientierungen der IGM-Führung,

Das vorliegende Auftragsersuchen ist mit der Dienst Einheit der Linie VIII abzusprechen/XXXXXX

..... mit Hauptmann Z.....

Wann, durch wen erfolgt? nach telefonischer Absprache



Zentrale Koordinierungsgruppe  
Abteilung 5

Berlin, 13. Jan. 1988  
ba.

Bestätigt  
Leiter der Abteilung

*Ullmann*  
Ullmann  
Oberst

BStU  
000253

# AUSKUNFTSBERICHT

zum hauptamtlichen Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Feind-  
organisation IGfM HAFEN, Karl

## 1. Personalien der Feindperson

Name: HAFEN  
Vorname: Karl  
geb. am: ca. 1951  
whft: 6000 Frankfurt/Main, Preungesheimer Str. 1  
Tel. 463 697  
Beruf: Sozialarbeiter  
Tätigkeit: hauptamtlicher Mitarbeiter der Geschäfts-  
stelle der IGfM  
Vorstrafen: nicht bekannt  
Staatsangeh.: BRD  
Parteizugeh.: nicht bekannt  
Familienstand: verheiratet  
Erfassungsverhält-: erfaßt für ZKG/5 auf dem ZOV "Zentrale"  
nis in d.Abt.XII : Reg.-Nr.: XV/3687/79

## 2. Familienangehörige

Es ist lediglich bekannt, daß Hafen am 6.11.1979 eine Skandi-  
navierin geheiratet hat. Diese hat inoffiziellen Erkenntnissen  
zufolge ein Studium absolviert und soll im Zeitraum 1979 bei  
ihren Verwandten in Darmstadt gewohnt haben.  
Im Adreßbuch Frankfurt/Main, Ausgabe 1984/85 ist unter der  
Wohnanschrift des Hafen eine Person HAFEN, Wenche verzeichnet,  
bei der es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um die Ehefrau  
des Genannten handelt.  
Inoffiziell wurde aktuell bekannt, daß die Ehefrau des HAFEN  
1987 entbunden hat und, daß er aus diesem Grunde keine größeren  
Reisen im Auftrag der IGfM (z.B. Besuch der AG Westberlin)  
unternehmen wollte.

Zu den Eltern des HAFEN liegen sehr widersprüchliche Angaben vor. Danach sollen sie in Koblenz angesiedelt sein und ein Geschäft unterhalten. Einer anderen Quelle zufolge soll sein Vater in Frankfurt/Main eine verantwortliche Funktion in einer Druckerei bekleiden. Nähere Angaben liegen derzeit nicht vor.

BStU  
000254

### 3. Persönlichkeitsbild

Genannter stammt aus einem Dorf in der Nähe von Koblenz. HAFEN ist ca. 35 Jahre alt, ungefähr 175 bis 180 cm groß und Brillenträger. Er hat eine modische Kurzhaarfrisur. HAFEN ist dunkelblond und trägt einen Vollbart. Er ist von schlanker Gestalt und geht in der Regel salopp gekleidet. Er tritt häufig in Jeans und Pullover auf. HAFEN ist starker Raucher, trinkt aber wenig Alkohol. Er führt einen soliden Lebenswandel. Moralisches Fehlverhalten ist nicht bekannt. Inoffiziellen Erkenntnissen zufolge, beläuft sich sein monatlicher Verdienst auf ca. 1500 DM. Diese Aussage stammt jedoch aus einer Information aus dem Jahre 1979. Es muß davon ausgegangen werden, daß sich seine Bezüge zwischenzeitlich erhöht haben.

HAFEN wird von mehreren Quellen im Operationsgebiet als gutmütig, Kameradschaftlich, sehr intelligent und als überall beliebt eingeschätzt. Er ist von Beruf Sozialarbeiter und verfügt über einen entsprechenden Studienabschluß. HAFEN kam im Zusammenhang mit der Ableistung seines Praktikums zur IGfM.

In einem vom geschäftsführenden Vorsitzenden der Feindorganisation "IGfM", AGRUSOW, unterzeichneten Schreiben an die Mitglieder der damaligen "GfM" und jetzigen "IGfM" vom 7. 11. 1978 wurde HAFEN als neuer Mitarbeiter der Geschäftsstelle benannt und sein Aufgabengebiet - Betreuung der Mitglieder und Arbeitsgruppen - grob umrissen. Nach darüber hinausgehenden inoffiziellen Erkenntnissen ist HAFEN in der Zentrale der "IGfM" verantwortlich für

- . Mitgliederbetreuung,
- . Postbeantwortung,
- . Beitragszahlungen sowie teilweise für
- . Mitgliederwerbung und Druckbearbeitung.

Er verfügt deshalb über umfangreiche Kenntnisse über Organisationen und Personen sowie die Verbindungen dorthin. HAFEN arbeitet sehr intensiv und lastet seine Arbeitszeit voll aus. Zum Teil leistet er eine relativ große Anzahl von Überstunden und opfert auch einige Wochenenden seiner Tätigkeit in der Zentrale der "IGfM".

Inoffiziellen Hinweisen zufolge, soll er die beachtliche Fähigkeit besitzen, jede Situation sofort realistisch einschätzen zu können. Darüber hinaus verfügt HAFEN über ein gewisses Organisationstalent. So wird ihm in der Zeitschrift "Menschenrechte" der IGfM Nr. 2/86 ein "bewundernswertes Nervenkostüm" bescheinigt und sein Engagement in der Weise hervorgehoben, daß er den "Mitgliedern mit heiterer Gelassenheit durch Rat und Tat zur Verfügung steht".

Er ist parteilich ungebunden, vertritt aber stark die politische Linie der CDU, woraus auch seine ablehnende Haltung gegenüber der SPD resultiert. Unter anderem wird seine konservative Haltung auch in einer als Leserbrief in der "IGfM"-Zeitschrift (6/83, Seite 16) veröffentlichten Meinung zum umstrittenen § 218 des StGB der BRD sichtbar, in der HAFEN die bekannte Haltung der CDU vertritt.

BStU

000255

#### 4. Aktivitäten gegen die DDR

HAFEN betreibt seine Feindschaft gegen die DDR und die mit ihr verbündeten sozialistischen Staaten in Form

- der Inspirierung, Organisierung und Mitarbeit bzw. Teilnahme an Kundgebungen, Demonstrationen und anderen Hetzveranstaltungen der Feindorganisation "IGfM" in der BRD, wie
  - Hetzveranstaltung der "IGfM" vom 9. - 12. 10. 1980 auf dem Gelände der Frankfurter Buchmesse als Organisator, Inspirator und Teilnehmer,
  - Hetzveranstaltung der "IGfM" am 22. 11. 1981 in Bonn zur Störung des Staatsbesuches des Gen. Breshnew in der BRD als Teilnehmer,
  - Errichtung von Informationsständen der IGfM zur Verbreitung von Hetzmaterialien der Feindorganisation am Eingang und auf dem Gelände der Frankfurter Buchmesse vom 4. bis 9. 10. 1984, sowie am 13. 10. 1985,
  - IGfM - Provokation am 12./13. 8. 1986 vor der Ständigen Vertretung der DDR in der BRD,
- des Versendens von Rundbriefen, Informationen und Hetzmaterialien, wie
  - Flugblätter zur großangelegten "IGfM"-Provokation "Sternfahrt Berliner Mauer 1981",
  - Aufkleber der Feindorganisation "IGfM",
  - Postkarten zum Versand an Sacharow;
- der Planung spektakulärer, öffentlichkeitswirksamer Aktionen in Form sogenannter Hungerstreiks mit dem Ziel, neben der internationalen Diskreditierung der DDR eine Übersiedlung der 1983 auf dem Berliner Alexanderplatz als Demonstrativtäter in Erscheinung getretenen Übersiedlungersuchenden Bürger der DDR KEUNE und WABNIK zu erreichen;

BStU  
000256

4

256

- des Versendens von Schreiben an Freunde, Mitglieder und Arbeitsgruppen der Feindorganisation "IGfM" mit Aufrufen zur Durchführung feindlicher Aktivitäten, wie
  - . Aufforderung zur Teilnahme an Pressekonferenzen und Mahnwachen der "IGfM" anlässlich des Tages der Menschenrechte 1983,
  - . Aufruf zu Spendensammlungen und Briefkastenaktionen im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Umsturzversuchen in der VR Polen,
  - . Aufforderung sogenannte Fallbetreuungen zu übernehmen, vor allem "solche Personen zu betreuen, die keine Beziehungen zum Freien Teil der Welt haben",
  - . Aufforderung mit Leserbriefen zu arbeiten und auf diese Weise öffentlichkeitswirksamer zu werden;
- der Teilnahme und Mitarbeit an Sitzungen von Arbeitsgruppen der "IGfM", Vorstandssitzungen und den Jahreshauptversammlungen dieser Feindorganisation.

Als hauptamtlicher Mitarbeiter der Geschäftsstelle trägt HAFEN die Feindtätigkeit der "IGfM" gegen die DDR und die mit ihr verbündeten sozialistischen Staaten zumindest auf organisatorischem Gebiet wesentlich mit.

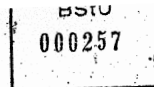
## 5. Verbindungen der Feindperson

### 5.1. Verbindungen zu anderen Feindpersonen im NSA

Auf Grund der jahrelangen hauptamtlichen Tätigkeit des HAFEN in der Geschäftsstelle der Feindorganisation IGfM ist davon auszugehen, daß er zu maßgeblichen Führungskräften bzw. hauptamtlichen Mitarbeitern dieser Feindorganisation zumindest im Rahmen seiner Tätigkeit Kontakte unterhält. In seiner Eigenschaft als Betreuer und Organisator verfügt HAFEN weiterhin über umfangreiche Kontakte zu Arbeitsgruppen der IGfM und zu einzelnen Mitgliedern.

Inoffiziellen Erkenntnissen zufolge war HAFEN im Zeitraum 1978/79 eng mit dem geschäftsführenden Vorsitzenden der IGfM AGRUSOW liiert. Er organisierte in diesem Zeitraum Absprachen für AGRUSOW, war sein persönlicher Fahrer und wurde sehr oft auch privat zu AGRUSOW eingeladen. Über das Verhältnis AGRUSOW/HAFEN liegen derzeit keine neuen Erkenntnisse vor.

Im o.g. Zeitraum unterhielt er weiterhin ein gutes Verhältnis zum Besitzer des Vorstandes und damaligen 1. Sprecher des Arbeitsausschusses "Bürgerrechtsbewegung und politische Gefangene in der DDR" (jetzt auch Redakteur der Hetzschrift "DDR-heute") GOHL, Erhard, der in der DDR wegen Spionage für den USA-Geheim-



257

dienst zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt und vorzeitig aus der Haft in die BRD entlassen wurde.

Weiterhin hatte HAFEN ein gutes Verhältnis zur ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiterin (Sekretärin) der Geschäftsstelle der "IGfM"

GRUNWALD, Angelika  
geb. [REDACTED]  
wh. 6000 Frankfurt/Main, [REDACTED]

die Ende 1979 auf eigenen Wunsch aus der "IGfM" ausschied, um in Köln ein Studium aufzunehmen. Die Kontakte zu ihr haben über den Zeitraum des Ausscheidens hinweg weiterbestanden.

Im Zeitraum 1980 unterhielt HAFEN postalische Verbindungen zur Feindperson

WETZEL, Christian  
geb. [REDACTED]  
ehem. wh. Merseburg, [REDACTED]  
1979 mit staatlicher Genehmigung in die BRD  
übersiedelt

und dessen Ehefrau im Zusammenhang mit sogenannten Fallbe-  
treuungen. WETZEL wurde zwischenzeitlich aus der Feindor-  
ganisation ausgeschlossen.

## 5.2. Verbindungen in die DDR

Bisher wurden keine Verbindungen des HAFEN in die DDR be-  
kannt. 1985 und 1987 wurden politisch-operative Kontroll-  
maßnahmen in den Abteilungen M aller BV zur Anschrift des  
HAFEN eingeleitet. Verbindungen wurden jedoch nicht fest-  
gestellt.

Zu HAFEN wurden Maßnahmen zur Sperre der Einreise (LZ12/99)  
bei der HA VI eingeleitet.

## 5.3. Verbindungen in das sozialistische Ausland

Verbindungen in das sozialistische Ausland sind im Zuge der  
Bearbeitung nicht bekanntgeworden. Eingeleitete Überprüfungs-  
maßnahmen bei den befreundeten Sicherheitsorganen der CSSR,  
Ungarns und der VR Polen erbrachten keine Ergebnisse, so daß  
davon ausgegangen werden kann, daß HAFEN in den genannten  
Ländern keine Verbindungen hat.

## 6. Vorhandene IM und deren Einsatzmöglichkeiten

- IMB "Rudi Müller" der Abteilung 5 der ZKG zur peripheren  
Aufklärung der Persönlichkeit des HAFEN sowie seiner  
feindlichen Aktivitäten als hauptamtlicher Mitarbeiter.

000258

6

258

#### 7. Vorliegende Beweismittel

- Zeitschrift "Menschenrechte" der IGfM Nr. 6/83  
Original Ref.A/I Nr. 1/86  
Kopien in der Handakte Nr. 2/86
- Jahresbericht 1984 der IGfM - Original im Ref.A/I,  
Auszug in der Handakte,
- Fotos der HV A von der IGfM - Provokation am 12./13.8.83  
Dokumentation im Ref. A/I -Fotos in der Handakte
- Adreßbuch der Stadt Frankfurt/Main von 1984/85  
Auszug in der Handakte,

#### 8. Quellenangabe

- Zeitschrift "Menschenrechte" der IGfM Nr. 6/83  
Nr. 1/86  
Nr. 2/86
- Jahresbericht 1984 der IGfM,
- IM - Berichte IMB "Albert" der HA XX/5  
IMB "Toni Schährer" Abt. VII d. BV Dresden,  
IMB "Rudi Müller" der ZKG/5  
KP "Friedrich" der BV Dresden
- Schreiben Agrusows vom 7.11.1978 an die Mitglieder der  
IGfM - Kopie in der Handakte,
- Schreiben des HAFEN vom 23.11.1978, 29.11.78, 19.10.1979,  
3.4.1981, 24.6.1981, 28.10.1983 - Kopien in der Handakte,
- Protokoll der "Erweiterten Vorstandssitzung" am 6.Juni1981-  
Kopie in der Handakte,
- Schreiben der BV Suhl, Abteilung VII vom 9.10.1980 mit  
Anlagen - in der Handakte,
- Schreiben der HA VIII/13 vom 10.5.1984 -in der Handakte,
- Information 3194/84 der ZAIG/1 vom 16.6.1984 - in der  
Handakte,
- Adreßbuch der Stadt Frankfurt/Main von 1984/85 - Auszug  
in der Handakte,
- Überprüfungsergebnisse in den Speichern des MfS - in der  
Handakte,

  
Bach  
Oltn.

Bemerkung

Dem Hinweis des Auftrages "Hafen, Karl soll aus einem Dorf in der Nähe von Koblenz stammen" wurde nachgegangen.

Recherchiert wurden hierzu alle Orte und Dörfer in der Umgebung von Koblenz auf der Grundlage des Adressbuches aus dem Jahre 1977/78.

Zur Anschrift Auf dem Rheinbüchel wurden Personen mit Tel.-anschluß ermittelt:

Nr. 43:

jetzt wohnhaft:

Nr. 45:

Nr. 46:

Nr. 52:

jetzt wohnhaft:

Nr. 54:

Nr. 62:

priv.

jetzt wohnhaft:

Herausgeber und Copyright:  
Geschichtsverein Unkel e.V.  
[www.geschichtsverein.unkel.org](http://www.geschichtsverein.unkel.org)  
[geschichtsverein@unkel.org](mailto:geschichtsverein@unkel.org)